

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh / Einzelpreis 75 Heller

Redaktion u. Verwaltung: Prag XII., Fochova 62 - Telefon 53077 - Herausgeber: Siegfried Taub - Verantwortlicher Redakteur: Karl Kern, Prag

18. Jahrgang

Sonntag, 30. Oktober 1938

Nr. 256

Aus dem Inhalt:

Der Eisenbahnminister über
aktuelle Verkehrsfragen

15 Todesopfer
des Marseiller Brandes

Abgeordneter Bródy verhaftet

Der abgesetzte Ministerpräsident von
Karpatorußland

Prag, 29. Oktober. (Amtlich.) Der ständige Ausschuss der Nationalversammlung hat in seiner letzten Sitzung seine Zustimmung zur Strafverfolgung des Abgeordneten Andrej Bródy wegen schwerer Verbrechen gegen die Sicherheit des Staates erteilt. Infolgedessen ist Abgeordneter Bródy verhaftet und in die Haft des Kreisstrafgerichts in Prag eingeliefert worden.

Unterhaus über Flüchtlingsprobleme

London, 29. Oktober. Der parlamentarische Korrespondent der „Times“ berichtet, daß das Unterhaus auf Initiative der Labourpartei in der kommenden Woche das Werk der Internationalen Kommission in Berlin, die mit der Grenzfestlegung zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei betraut ist, sowie die Lage der Flüchtlinge aus der Tschechoslowakei eingehend erörtern wird.

Wenn in Afrika ein Krieg ausbricht...

Bedeutsame Trinksprüche in Lissabon

Lissabon, 29. Oktober. (Savas.) Auf dem Bankett, das zu Ehren des in Lissabon weilenden Kriegsministers der Südafrikanischen Union, Sir W. Verelst, veranstaltet wurde, erklärte dieser auf den Trinkspruch des portugiesischen Ministerpräsidenten Salazar: „Ich erlaube mir die Hoffnung auszusprechen, daß, wenn eines Tages in Afrika ein Krieg zum Ausbruch kommt, die portugiesische Armee Seite an Seite mit der Armee der Südafrikanischen Union stehen wird.“

Minister Virso wird wahrscheinlich auch mit General Franco und den übrigen Repräsentanten der spanischen Nationalregierung zusammenkommen, um mit ihnen, wie verlautet, die Bedingungen einer modernen Kriegsführung und namentlich die Erfahrungen bei Luftangriffen gründlich zu studieren.

Arbitrage über die magyarischen Gebiete

durch Deutschland und Italien

Prag, 29. Oktober. (Tsch. P.-B.) Der ungarische Gesandte in Prag Graf Wetzstein de Westerheim stellte Samstag nachmittag Außenminister Dr. Chvalovský einen Vorschlag ab und übergab ihm die Antwort der ungarischen Regierung auf die Note der tschechoslowakischen Regierung. Die ungarische Regierung teilt in dieser Antwort mit, daß sie sich an die Großmächte gewendet hat, damit diese die Arbitrage in der Angelegenheit der territorialen Änderungen zwischen Ungarn, der Slowakei und Karpatorußland übernehmen. Die tschechoslowakische Regierung hat ihrerseits die beiden Großmächte Deutschland und Italien ersucht, in dieser Sache die Arbitrage zu übernehmen.

Der deutsch-italienische Schiedsspruch

Ribbentrops Verhandlungen in Rom beendet

Rom, 29. Oktober. Heute von 13 Uhr bis halb 17 Uhr fand die letzte Unterredung des Reichsaußenministers Ribbentrop mit dem italienischen Außenminister Graf Ciano statt. Nach 17 Uhr empfing Außenminister Graf Ciano den tschechoslowakischen Geschäftsträger Dr. Vladimír Braunner. Um 19 Uhr verläßt Ribbentrop Rom mit dem fahrplanmäßigen Schnellzug, um zur Berichterstattung nach München und Berlin zurückzukehren.

Ribbentrop erklärte den deutschen Pressevertretern in Rom, daß die Aussprachen mit Mussolini und Ciano, in denen alle gegenwärtigen aktuellen Probleme der europäischen Politik besprochen worden seien, im herzlichsten Einvernehmen stattgefunden hätten.

„Böswillige Beschuldigungen“

Scharfe Sprache der Gewerkschaften gegen Daladier

Paris, 29. Oktober. (Tsch. P.-B.) Das Präsidium des Allgemeinen Arbeitsverbandes erklärt zu der donnerstägigen Rede des Ministerpräsidenten Daladier, daß die in der Rede des Ministerpräsidenten enthaltenen Drohungen nicht der Arbeiterklasse, sondern vor allem denen gelten, welche die ihnen zum Ausbau des französischen Flugwesens zur Verfügung gestellten Milliarden nicht für die Landesverteidigung zu verwenden vermochten.

Das Präsidium des Allgemeinen Arbeitsver-

bandes kann aber die verschiedenen böswilligen Beschuldigungen in der Rede des Ministerpräsidenten gegen die Arbeiterklasse nicht ohne Protest lassen. Es geschieht zum ersten Male in der Geschichte der dritten Republik, heißt es in der Note, daß ein Ministerpräsident solche Worte gegen die organisierten Arbeiter vorbringt. Das Präsidium lehnt derartige Anschuldigungen der demokratischen Arbeiter ab und sagt, daß solche Methoden nur in einem faschistischen Regime zulässig sind.

Bonnets Rechtfertigung

Berufung auf Runcimans Schiedsspruch

Marseille, 29. Oktober. Die außenpolitische Debatte auf dem Kongress der radikalsozialistischen Partei war am Freitag nachmittag durch den großen Brand im Warenhaus Nouvelles Galeries plötzlich unterbrochen worden. Außenminister Bonnet hielt daher erst am Samstag seine große Rede, die im Auszug schon am Freitag ausgegeben und in der Presse veröffentlicht worden war.

Bonnet gab eine eingehende Darstellung der letzten europäischen Krise bis zum Münchener Abkommen. Er erklärte u. a., das Schicksal der Tschechoslowakei sei von der Widerstandsfähigkeit Frankreichs abgehangen, das an und für sich durch die große Entfernung in seinen Aktionsmöglichkeiten stark beeinträchtigt sei. Eine wirksame Unterstützung hätte Frankreich nur mit englischer Hilfe leisten können. Schließlich sei Frankreich nicht anders übrig geblieben, als sich den Schlichtungsvorschlägen Lord Runcimans zu beugen. Frankreich, das den Grundgedanken des Selbstbestimmungsrechtes in seiner Geschichte so oft verteidigt hatte, konnte dessen Anwendung nicht verweigern, wenn ein Schlichter, den das Land angenommen hatte, die freie Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes empfahl.

Wir haben uns für territoriale Konzessionen entschieden. Wir wollten aber auch, daß die Tschechoslowakei für das schmerzliche Opfer, in welches sie einwilligen sollte, eine Garantie Englands für ihre neuen Grenzen erhalte. Nicht ohne Schwierigkeiten haben wir dies von England erreicht. Es bedurfte langer und schwieriger Beratungen der britischen Minister, die sich von den Beratungen entfernten und untereinander darüber diskutierten, ob sie auch Großbritannien in dieser Hinsicht verpflichten könnten oder nicht.

Der französisch-englische Plan wurde von der Prager Regierung angenommen. Für die Tschechoslowakei selbst war es klar, daß dieser Plan das einzige Mittel bedeutete, um zu verhindern, daß Deutschland zur Gewalt greife. Nicht weniger klar war es, daß eine Ablehnung dieses Planes England dazu gebracht hätte, das Interesse an der tschechoslowakischen Frage zu verlieren.

Bonnet schloß den historischen Teil seines Exposé mit der Feststellung, daß durch das Münchener Abkommen der Friede gerettet wurde. Der Außenminister wandte sich sodann der künftigen Politik des Landes zu und sagte u. a.:

Der Grundstein der Friedenspolitik ist zunächst die französisch-englische Entente, die Freundschaft Frankreichs und

Englands. Wir müssen diese Freundschaft in Zukunft weiter entwickeln und festigen. Aber jenseits dieser traditionellen Freundschaft mit England ist das Problem unserer Beziehungen zu den anderen Ländern gestellt. Es ist nicht möglich, daß die Völker Europas weiter im gegenwärtigen Zustand der Unsicherheit leben. Wir wünschen zwischen Deutschland und Frankreich das Entstehen einer aufrichtigen Zusammenarbeit und wir wünschen, daß für beide Völker die Furcht vor einem Konflikt ausgeschaltet werde. Zwischen Frankreich und Italien werden soeben normale Beziehungen angeknüpft. Wir freuen uns darüber. Wir wünschen weiter, daß die europäische Entspannung sich auch auf Spanien ausdehnen möge. Wir sind überzeugt, daß eine Regelung des Konfliktes, der das Nachbarvolk zerreißt, an dem Tag möglich sein wird, wo alle ausländischen Freiwilligen zurückgekehrt sind und die Spanier allein einander gegenüber stehen. Dann wird in wirksamer Weise eine Schlichtung unternommen und der Friede wiederhergestellt werden können.

Dies sind die großen Linien des Planes, auf dem sich unsere Diplomatie aufbauen muß. In einer solchen Konzeption ist nichts enthalten, was mit der Verbundenheit Frankreichs zu allen seinen Sonderfreundschaften unvereinbar wäre, mit der Sowjetunion insbesondere, ebenso wie mit Polen, Rumänien, Jugoslawien und mit Belgien.

Vertrauensvotum für Daladier

Marseille, 29. Oktober. Der radikale Kongress hat heute abends um 18 Uhr seine viertägige Tagung abgeschlossen und mit allen gegen zehn Stimmen die Schlussresolution angenommen, in welcher es heißt:

Nach den tragischen Ereignissen, welche das Land durchlebt hat, bringt der Kongress dem Ministerpräsidenten und der Regierung sein volles Vertrauen und seine Ergebenheit zum Ausdruck. Er billigt voll ihre Außenpolitik eines republikanischer Ordnung. Er billigt voll ihr mutiges Streben nach Erneuerung der Arbeit und der Achtung vor ihr.

Er bedauert, daß dieses für das Heil der Nation unerläßliche Werk des Friedens und der Arbeit durch den Standpunkt der Kommunisten, durch unbefonnene Vorkommen Nationaler und durch gewalttätige Angriffe offener Gegner der Republik bedroht oder erschwert wurde.

Er konstatiert, daß die kommunistische Partei durch ihre Agitationen im Lande und durch die Schwierigkeiten, welche sie allen Regierungen seit dem Jahre 1936 bereitet, sowie durch ihre aggressive Opposition und durch die Schmähtampagne in den letzten Monaten die Solidarität, welche sie mit den übrigen Parteien der Volksgemeinschaft verband, gebrochen hat. Der Kongress beauftragt seine Delegierten in der Sitzung der Volksgemeinschaft diese Trennung bekannt zu geben.

Der Kongress empfiehlt ferner, das bisherige Mehrheits-Wahlssystem zu ändern und durch das System der verhältnismäßigen Vertretung zu ersetzen. Der Kongress erwartet, daß die Regierung verschiedene Maßnahmen zur Besserung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage des Landes in demokratischer Weise durchführen wird.

Rückzug hinter die Maginot-Linie

Der gegenwärtig in Marseille stattfindende Parteitag der Radikalsozialistischen Partei Frankreichs, dessen Ablauf durch einen Miesenbrand gestört wurde, hat Aufmerksamkeit nicht nur innerhalb der Partei und des Landes, sondern weit über Frankreich hinaus erweckt, weil die dort gehaltenen Referate ebenso die Politik der Radikalsozialistischen Partei wie diejenige Frankreichs bestimmen. Gehört doch der französische Ministerpräsident der Partei ebenso an wie die wichtigsten Ressortminister und die Tatsache, daß die Radikalsozialisten nur eine Minderheit in der französischen Kammer sind, beeinträchtigt die Bedeutung der Verhandlungen des Parteitages von Marseille nur wenig, weil es der Regierung Daladier bisher — vor allem nach den Münchener Vereinbarungen — gelungen ist, sich für ihre Politik die Mehrheit der Kammer zu sichern.

Die Referenten auf dem Parteitag haben sich sowohl mit der inneren, wie auch mit der auswärtigen Politik Frankreichs beschäftigt. Den Schlüssel zur französischen Innenpolitik liefert augenblicklich die Lage der französischen Staatsfinanzen. In dieser Hinsicht war, was der französische Ministerpräsident Daladier in seiner Marseiller Rede vorgebracht hat, ebenso aufklärend, wie es für alle Freunde Frankreichs erschreckend war. Wie der Ministerpräsident sagte, betragen die Staatsausgaben des Landes für das nächste Rechnungsjahr 102 Milliarden Francs, welchen Ausgaben Einnahmen von nur 66 Milliarden gegenüberstehen, so daß sich ein Fehlbetrag von 36 Milliarden ergibt. Das eine Ausgabenziffer von 102 Milliarden bedeutet, acht erst daraus hervor, daß das gesamte Volkseinkommen Frankreichs 220 Milliarden beträgt, so daß die Ausgaben eines Jahres fast die Hälfte des gesamten Nationaleinkommens beanspruchen. Das ist sicher auf die Dauer ein unmöglicher Zustand und es bleiben nur zwei Wege offen: entweder werden die Ausgaben kleiner oder das Nationaleinkommen wird größer, das heißt, entweder schränkt Frankreich radikal seine Ausgaben ein und reorganisiert seine Verwaltung oder es muß mit allen Kräften bestrebt sein, die Ertragsfähigkeit seiner Wirtschaft zu fördern. Das erfordert schon die Rückföhrung auf die Währung — bei der bekannten Sparlosigkeit des Durchschnittsfranzosen ist die Währungsfrage von großer Bedeutung, eine Erschlüchterung der Währung würde eine Gefährdung der Lage der französischen Sparer bedeuten, was von unabsehbaren politischen Folgen begleitet sein könnte.

Die großen Aufgaben nun, welche Frankreich auf dem Gebiete der Staatsfinanzen und seiner Wirtschaft gestellt sind, werden in ihrer Durchführung auch sonst von sozialen Folgewirkungen begleitet sein. Die Regierung Blum hatte insbesondere in ihrer ersten Amtsperiode ein großes Gebäude sozialer Reformen aufgebaut und das nachgeholt, was bürgerliche französische Regierungen durch Jahrzehnte versäumt haben. Die Herstellung des Gleichgewichtes im französischen Staatshaushalt wird naturgemäß die bürgerlich orientierte Regierung Daladier und die französischen Rechtsparteien dazu verleiten, den Gesundungsprozess in einem Abbau der Sozialpolitik zu suchen, das heißt in einer Befestigung sozialer Reformen, einer Verlängerung der Arbeitszeit und einer Herabsetzung der Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung. Das kann soziale Kämpfe zur Folge haben, welche nicht ohne innerpolitische Auswirkungen bleiben können. Die französische Sozialdemokratie würde, wenn die Regierung Daladier die sozialen Reformen des Jahres 1936 abzubauen versuchen sollte, diesem Bestreben entgegenzutreten, was einen Bruch mit der Radikalsozialistischen Partei und das definitive Ende der Volksfront bedeuten würde. Das Bündnis zwischen Radikalsozialisten, Sozialdemokraten und Kommunisten, welches zu dem großen Erfolg bei den letzten Wahlen geführt hat, ist ja ohnehin schon durch den Trennungstreich, welcher auf dem Marseiller Kongress zwischen den Radikalsozialisten und den Kommunisten gezogen wurde, ins Wanken geraten.

Was die auswärtige Politik Frankreichs betrifft, so wird man es verstehen, daß der Ministerpräsident ebenso wie der Außenminister den Vertrag von München verteidigt haben. Diese Rechtfertigung der französischen Außenpolitik in

ihre jüngsten Phase wird jedoch nicht im geringsten die Folgen beseitigen, die sich trotz der Versickerung Daladiers, daß Frankreich bei der Entscheidung in München völlig gleichberechtigt war, ergeben werden. Frankreich ist heute in Mitteleuropa eine andere Stellung, als sie das Land in den ersten anderthalb Jahrzehnten nach dem Versailler Frieden gehabt hat. Man braucht sich nur an den Einfluß Frankreichs, den es noch vor einigen Jahren in Oesterreich, in der Tschechoslowakei, in Polen, in Jugoslawien, in Rumänien und auf dem ganzen Balkan gehabt hat, zu erinnern. Die Machtverschiebungen, die sich da vollzogen haben, sind wohl auch den Teilnehmern des Pariser Kongresses, ohne daß es ihnen von Versailles gekommen. Die französische Politik hat sich von Ost- und Mitteleuropa nunmehr nach Westeuropa und nach Afrika verschoben, nach Frankreich ein bedeutendes Kolonialgebiet hat — eine Verschiebung, mit der man für die nächste Phase der europäischen Politik rechnen muß. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß der französische Außenminister in seiner Rede ausdrücklich gesagt hat, daß Frankreich auf die mit dem Sowjetverband abgeschlossenen Verträge nicht verzichtet. Formel mag das französisch-russische Bündnis ja wohl noch ebenso bestehen wie

im Jahre 1935, als es geschlossen wurde, aber ob sein Effekt für die europäische Politik heute noch derselbe ist wie vor drei Jahren, kann wohl bezweifelt werden. Auch das Bestehen dieses Bündnisses ändert wenig an der Tatsache, daß Frankreich den Rückzug hinter die Maginotlinie angetreten hat, daß es für die nächste Zeit keine andere Absicht hat, als die, sein wirtschaftliches und innerpolitisches Leben, geschützt durch seine Befestigungen im Osten, in Ordnung zu bringen. Es wird auch bereits in der europäischen Presse die Frage nach der Zukunft des französisch-englischen Bündnisses aufgeworfen. Wohl hat sich hier noch weniger geändert als an dem Bündnis Frankreichs mit der Sowjetunion. Ob aber nicht auch der Inhalt der englisch-französischen Allianz in der kommenden Gestaltung der europäischen Politik ein anderer sein wird, das steht noch dahin. England braucht Frankreich, aber es braucht ein starkes Frankreich. Und ob Frankreich stark genug ist, der englischen Politik jene Stütze zu bieten, die dessen Politik in allen Erdteilen braucht, das wird die Zukunft lehren. So kommt man zu dem Ergebnis, daß trotz der Verückelung dessen, was man für den festen Punkt und ruhenden Pol der europäischen Politik hält, nämlich das Zusammengehen der beiden Westmächte, doch in der europäischen Politik alles in Bewegung ist.

Bemerkungen zu einigen aktuellen Rechtsfragen

Von Dr. Egon Schwelb

Das Abkommen von München, die Besetzung von Gebieteilen der Tschechoslowakischen Republik durch deutsche und polnische Truppen, die Räumung von Gebieteilen an der slowakisch-ungarischen Grenze sind politische Tatsachen. Nicht weniger, aber auch nicht mehr. Vom Standpunkt der tschechoslowakischen innerstaatlichen Rechtsordnung sind die Gebiete, um die es geht, zwar besetzt und geräumt, sie haben aber vorläufig nicht aufgehört, rechtlich zur Tschechoslowakischen Republik zu gehören. Die Zugehörigkeit zur Republik wird rechtlich erst aufgehoben, bis die auf die Abtretung und ihre Konsequenzen Bezug habenden Staatsverträge geschlossen und die dazu notwendigen Gesetze erlassen sein werden.

Die Verfügungen des Ständigen Ausschusses und die Regierungsverordnungen, die in den letzten Wochen erlassen worden sind, bringen diesen Rechtsstandpunkt klar und eindeutig zum Ausdruck. In den Verfügungen über die provisorische oder dauernde Organisation der Gerichte, Finanzbehörden, Handelskammern und Advokatenkammern wird teils von Grenzveränderungen gesprochen, die (in Zukunft!) erfolgen werden, teils vom besetzten und geräumten Gebiet, niemals von vollzogenen Grenzveränderungen oder von einer bereits erfolgten Gebietsabtretung.

Was die Staatsbürgerschaft der geräumten Gebiete anlangt, so geht aus der Verordnung vom 9. Oktober 1938 Sg. Nr. 217 über die Entlassung tschechoslowakischer Staatsbürger deutscher Nationalität vom Militärdienste ausdrücklich hervor, daß derzeit noch alle Bürger der Tschechoslowakischen Republik in ihren ursprünglichen Grenzen als tschechoslowakische Staatsbürger anzusehen sind. Die Verordnung spricht von der Entlassung von Personen, welche eine fremde Staatsbürgerschaft nach den Vorschriften erlangen würden, die zur Durchführung des Münchner Abkommens erlassen werden. Nach der aus dieser Verordnung klar hervorgehenden Rechtsauffassung wird der Verlust der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft der zu dem an Deutschland abgetretenen Gebiet gehörenden Bürger erst eintreten, sobald die Vorschriften zur Durchführung des Münchner Abkommens erlassen sind.

Allerdings haben die in den letzten Wochen erlassenen Verfügungen des Ständigen Ausschusses und Regierungsverordnungen bereits in vielfacher Hinsicht eine Sonderbehandlung, nämlich eine Schlechterstellung der zu den abgetretenen Gebieten gehörenden Bevölkerung im Vergleich mit der Bevölkerung der übrigen Gebiete des tschechoslowakischen Staates vorgenommen. Hier ist zunächst auf die Kundmachung des Landespräsidenten in Prag vom 9. Oktober 1938 Sg. Nr. 220 und die Kundmachung des Landespräsidenten in Brünn vom 8. Oktober 1938, Sg. Nr. 243, zu verweisen, durch welche auf Grund des Gesetzes über die außerordentlichen Verfügungen jenen Personen, die nach dem 20. Mai 1938 aus den von deutschem oder polnischem Militär besetzten Gebiet zugewandert sind, eine besondere Meldepflicht auferlegt worden ist. Wie bekannt, war die Meldepflicht in vielen Fällen mit dem Auftrage verbunden, den Aufenthaltsort in dem tschechoslowakisch verbleibenden Gebiet zu verlassen und an den früheren Wohnort zurückzulehren.

Die Verordnung vom 9. Oktober 1938, Sg. Nr. 219, über zeitweise Einschränkungen auf dem Gebiete gewerblichen und anderen auf Erwerb gerichteten Beschäftigungen, die sogenannte Gewerbeperre, richtet sich ihrem Wortlaut nach nicht nur gegen die Bevölkerung der besetzten Gebiete, sondern gegen jedermann, der an einem anderen Orte als dort wo er vor dem 31. Juli 1938 den ordentlichen Wohnsitz gehabt hat oder schon eine Erwerbsbeschäftigung betrieben hat, ein Gewerbe oder eine andere auf Erwerb gerichtete Beschäftigung betreiben will. Praktisch trifft diese Verordnung, dies ist ja auch ihr Sinn und ihr Zweck, die Bevölkerung des besetzten Gebietes, soweit sie die Absicht hat, im verbleibenden Staatsgebiet selbständig erwerbstätig zu sein.

Durch die Verordnung vom 10. Oktober 1938, Sg. Nr. 244, wurden wesentliche Einschränkungen für die Beschäftigung in unselbständiger Stellung (im Dienstverhältnisse) erlassen. Nach dieser Verordnung haben die Dienstgeber alle Angestellten zu melden, die sie seit 1. Mai 1938 aufgenommen haben, wenn die Angestellten am 1. Mai 1938 oder später den ordentlichen Wohnsitz oder das Heimatrecht auf dem besetzten Gebiet hatten. Der Dienstgeber muß um Bewilligung zur Beschäftigung dieser seit 1. Mai aufgenommenen oder in Zukunft in seine Dienste tretenden Angestellten ansuchen. Die Beförde entscheidet über das Gesuch nach freiem Ermessen.

Diese Verordnung ist sehr hart. Sie beantwortet nämlich provisorisch die noch ungelöste Frage, ob bei der endgültigen Regelung der Staatsbürgerschaft das Heimatrecht oder der Wohnsitz maßgebend sein wird, vorläufig gehen die Betroffenen und unterwirft den Beschränkungen alle Personen, die entweder in Folge ihres Wohnsitzes in der entscheidenden Zeit oder in Folge des Heimatrechtes zum besetzten Gebiete gehören. Unter die Verordnung fallen also Arbeiter und Angestellte, welche nach dem 1. Mai 1938

ihre Dienstposten gewechselt haben oder wechseln, falls sie im besetzten Gebiet heimatrechtlich sind, selbst dann, wenn sie seit vielen Jahren oder Jahrzehnten ihren ordentlichen Wohnsitz auf dem unbesetzten tschechoslowakischen Gebiete haben. Die Verordnung steht also auf dem Standpunkt: im Zweifel gegen die Zulässigkeit der Anstellung, fast möchte man sagen: in dubio contra rem. Ist einer, der nach dem 1. Mai 1938 im besetzten Gebiet gewohnt hat, im unbesetzten Gebiet heimatrechtlich: es nützt ihm nichts, er darf nur mit Bewilligung der Bezirksbehörde beschäftigt werden. Ist er seit Jahren oder noch länger ununterbrochen im rein tschechischen Gebiet ansässig, es nützt ihm auch nichts, wenn er im besetzten Gebiet das Heimatrecht hat, mag er auch zu seiner Heimatgemeinde keinerlei reale Beziehungen haben, ja sie überhaupt nicht kennen.

Postabkommen mit Deutschland

Das Ministerium für Post- und Telegraphenwesen teilt mit: Samstag kurz vor Mittag wurde in Berlin ein Abkommen zwischen der tschechoslowakischen und reichsdeutschen Postverwaltung unterzeichnet, welches eine ganze Reihe von Fragen, die durch die Besetzung des sudetendeutschen Gebietes auf dem Gebiete des Postverkehrs sowie des Telegraphen- und Telephonverkehrs entstanden sind, regelt. Einzelheiten, die aus diesem Abkommen sich ergeben, werden der Öffentlichkeit zeitgerecht mitgeteilt werden.

In der Vereinbarung wird betont, daß die bisherigen Abkommen hinsichtlich des gegenseitigen Post-, Telephon- und Telegraphenverkehrs, insbesondere soweit es sich um eine Herabsetzung der Postgebühren handelt, unverändert in Geltung bleiben. Hinsichtlich der Beförderung von Postsendungen wurde vereinbart, daß die Postbeförderung sowohl zwischen Deutschland als auch der Tschechoslowakei sowie der Transit-Begleitverkehr für andere Staaten eröffnet werden wird, sobald die Eisenbahnbeförderung freigegeben werden wird. Zum Zweck der Erzielung eines einwandfreien gegenseitigen Telegraphen- und Telephonverkehrs wurden Grundsätze vereinbart, deren zufolge das Telegraphen- und Telephon-Reg an den neuen Grenzen geregelt wird. Auch in anderen Fragen, welche das gegenseitige Verhältnis der beiden Postverwaltungen betreffen, wurde eine Einigung erzielt.

Um die Selbstverwaltung Mährens

Brünn. Gestern fand im Sitzungssaal der mährisch-schlesischen Landesvertretung eine Sitzung der Abgeordneten, Senatoren, Landesvertreter und Landesauschuhbeisitzer unter dem Vorsitz von Senator Dolanský statt. Abgeordneter Langer und Landesauschuhbeisitzer Drobný berichteten über die Vorprache einer Abordnung des Landes beim Ministerpräsidenten General Sychrov und Innenminister Dr. Cerný, welchen der Wunsch der mährischen Bevölkerung, die Selbstverwaltung des Landes zu erhalten, vorbrachte. Die beiden Minister erklärten der Abordnung, daß die Gerüchte über eine Einschränkung der Selbstständigkeit des Landes nicht der Wahrheit entsprechen. Die Abordnung überreichte bei dieser Gelegenheit ein Memorandum, in dem die Forderungen des Landes enthalten sind.

Die Berichte wurden von der Versammlung einstimmig zur Kenntnis genommen und das Vorgehen der Deputation wurde gebilligt.

Die Versammlung nahm eine Manifestationskundgebung an, in der die Ueberzeugung ausgedrückt wird, daß die Selbstverwaltung des Landes erhalten bleiben wird. Der Ausschuh der mährischen Abgeordneten, Senatoren, Landesvertreter und Landesauschuhbeisitzer wird ermächtigt, alle diebezüglichen Fragen weiter zu verfolgen und darüber in einer neuen Sitzung zu berichten. Die Verhufe, Teile des Landes Mähren abzutrennen, wurden einmütig und energisch abgelehnt.

Weitere Verwirklichung der slowakischen Autonomie

Wie die „Prager Abendzeitung“ meldet, hat die slowakische Regierung eine Reihe von Maßnahmen getroffen, durch welche die Autonomie der Slowakei weiter ausgebaut wird. So werden die Agenden der Zivil-Luftschiffahrt und des Automobilismus, die bisher vom Ministerium für öffentliche Arbeiten in Prag zentral betreut wurden, auf das Wirtschaftsministerium in Bratislava übertragen. Dasselbe Bestreben der Selbstständigkeit zeigt die slowakische Regierung im Hinblick auf die Pensionsversicherung der Anwohner, es soll der auf die Slowakei und Karpatenrußland entfallende Vermögensanteil der Pensionsanstalt ausgetrennt werden, was wohl den Anfang der völligen Selbstständigkeit der Pensionsversicherung für die beiden Länder bedeutet. Bemerkenswert ist auch, daß die slowakische Regierung bei einzelnen Zeitungsbetrieben Regionalkommissare eingesetzt hat, und zwar sowohl bei den agrarischen als auch bei den sozialdemokratischen, und ebenso bei den beiden deutschen Zeitungen, die in Bratislava erscheinen. Daß in wirtschaftlichen Institutionen wie in der Handelskammer und im Verband landwirtschaftlicher Vorkulturschulen schon frühere derartige Regionalkommissare eingesetzt wurden, haben wir bereits gemeldet.

Hinterlassene Wohnungseinrichtungen im besetzten Gebiet

Die deutsche Gesandtschaft hat dem tschechoslowakischen Außenministerium mitgeteilt, daß die reichsdeutschen Polizeiamter mit dem Oberkommando der Wehrmacht dafür Sorge tragen werden, daß die beweglichen Gegenstände, die von tschechoslowakischen Staatsbürgern im besetzten Gebiet zurückgelassen wurden, sichergestellt werden. Die Sicherstellung ist allerdings nur in dem Zustande möglich, in welchem die Gegenstände an Ort und Stelle bei der Uebernahme durch

die deutschen Behörden vorgefunden wurden. Weiters hat die deutsche Gesandtschaft mitgeteilt, daß in der nächsten Zeit ein Abtransport dieser Gegenstände Einzelpersonen noch nicht ermöglicht werden kann. Ein gemeinsamer Abtransport der Wohnungseinrichtungen und Bedarfsgegenstände aus dem besetzten Gebiet wird gegenwärtig durchberaten und die Deffentlichkeit wird sofort informiert werden, sobald die Verhandlungen abgeschlossen sind.

Sensation in Tokio

Plötzlicher Wechsel im Außenministerium Tokio, 29. Oktober. Auf Vorschlag des Ministerpräsidenten Kono wurde der frühere Außenminister Gakiro Arita zum Außenminister und Gatta, früherer Vizepräsident der südmandschurischen Eisenbahn, zum Kolonialminister ernannt.

In der Aenderung im Außenministerium wird erklärt, daß diese vollkommen unerwartet kam und in politischen Kreisen große Sensation verursacht hat.

China denkt nicht an Friedensschluß

Washington, 29. Oktober. (Savas) Der neue chinesische Botschafter Quhish Übergab gestern dem Präsidenten Roosevelt seine Weglaubungs schreiben. Nach der Audienz erklärte er zu Pressevertretern: Alle Gerüchte über Friedensverhandlungen zwischen China und Japan sind leicht zu widerlegen, da gegenwärtig ein gerechter Friede nicht zu erreichen ist. Ich habe gute Gründe, um überzeugt zu sein, daß die chinesische Regierung und das chinesische Volk den Verteidigungskrieg bis zu jenem Zeitpunkt fortsetzen werden, wo es sicher sein wird, daß sie einen gerechten und ehrenvollen Frieden erlangen.

Am Schluß sagte der neue Botschafter, daß China nicht zu sehr auf die Hilfe der Sowjetunion baue, da diese voll von Sorgen um die innere Politik ist.

Die Judenausweisungen aus Deutschland

Berlin, 29. Oktober. Die Verhandlungen zwischen Polen und Deutschland in Angelegenheit der Ausweisung der Polen aus Deutschland schreiten fort. Wodurch konnte die Einberufung in ernster erzieht werden. Die Ausweisungen der polnischen Juden aus Deutschland gehen weiter. Heute nachmittag überschritten die polnische Grenze bei Radzionki in Oberschlesien 2500 jüdische polnische Staatsangehörige, die aus Wien und Lundenburg ausgewiesen wurden. Unter ihnen befinden sich auch Frauen und Kinder. In den Grenzstationen sind Mitglieder der jüdischen Hilfsorganisationen eingetroffen, die sich um die Flüchtlinge kümmern.

Vorläufig eingestellt

Berlin. (NWB) In der Frage der Behandlung der in Deutschland lebenden polnischen Staatsangehörigen ist Samstag nachmittag zwischen der deutschen und der polnischen Regierung ein Einvernehmen dahin erzielt worden, daß zu Beginn der nächsten Woche Verhandlungen darüber in Warschau stattfinden. Infolgedessen sind die beiderseitigen Maßnahmen der Ausweisungen von Polen aus Deutschland und von Deutschen aus Polen eingestellt worden.

Nach 18 Jahren

Kriegszustand in Litauen aufgehoben Romas, 29. Oktober. Wie amtlich gemeldet wird, hat die litauische Regierung den Kriegszustand vom 1. November ab aufgehoben. Damit wird, wie das Deutsche Nachrichtenbüro meldet, eine der dringendsten Forderungen des Remissionsgebietes erfüllt. Der Kriegszustand bestand in Litauen seit dem Jahre 1920 und im Remissionsgebiet seit 1928.

„Mein Kampf“ erlaubt

Und neun reichsdeutsche Zeitungen

Prag, 29. Oktober. Die morgige Ausgabe des „Amisblattes“ veröffentlicht folgende Kundmachung: Das Ministerium des Innern in Prag hat im Einvernehmen mit dem Ministerium des Aeußeren das Verbot der Beförderung und Verbreitung folgender ausländischer periodischer Zeitschriften widerrufen:

1. „Der Angriff“, Berlin.
2. „Berliner Borsezeitung“, Berlin.
3. „Berliner Tageblatt und Handelszeitung“, Berlin.
4. „Frankfurter Zeitung“, Frankfurt.
5. „Münchener Neueste Nachrichten“, München.
6. „Nationalzeitung“, Essen.
7. „Neue Freie Presse“, Wien.
8. „Neues Wiener Journal“, Wien.
9. „Völkischer Beobachter“, Erscheinungsort: München, Berlin, Wien.

Unter einem Widerruf des Ministerium des Innern das Verbot der Beförderung und Verbreitung der reichsdeutschen nichtperiodischen Druckschrift „Mein Kampf“.

Hlinka-Garde — einzige Wehrorganisation der Slowakei

Das Amisblatt der slowakischen Regierung vom 29. Oktober veröffentlicht eine Verordnung, durch welche alle halb-militärischen Wehrorganisationen mit Ausnahme der Hlinka-Garden, die als einzige Wehrorganisation auf dem Gebiet der Slowakei zugelassen wird, aufgelöst werden. Unter den aufgelösten Organisationen befindet sich die Nationalgarde, der Verband der Sicherheitswache, die nationale Schützenvereinigung, die bewaffneten Formationen des Solol, der Arbeiterturnvereine, des Orel, der Bauernreiterei, der Donauwache und andere ähnliche Organisationen. Die aufgelösten Organisationen bezw. ihre Mitglieder haben ihre Waffen unverzüglich den lokalen Militärkommandos bzw. den Sicherheitsbehörden abzuliefern. Einzige Wehrorganisation in der Slowakei bleibt die Hlinka-Garde, welche ihre Organisationsneue auf dem Gebiete der gesamten Slowakei ausdehnen kann.

Die Verhandlungen der deutschen Bank mit der Böhmischem Unionbank sind nunmehr soweit abgeschlossen, daß die Deutsche Bank die subventionierten Filialen der Böhmischem Unionbank in Kürze in ihre Filialen einbezieht. Die Filialen der Böhmischem Unionbank nehmen bereits jetzt alle Aufträge für die Deutsche Bank im Sudetengebiet entgegen.

Was schreibt die tschechische Presse?

Ideologische Unklarheit

Während man vor einigen Tagen noch glaubte, es werde schlagartig zu einer völligen Umstellung des tschechischen Parteienwesens kommen...

Halbe Versuche

So schreibt der „Venkov“: „Die mechanische Vereinigung ist keine schöpferische Tat. Die mechanische Vereinigung ist ein Zusammenschließen von Biffen...

Die Wahlen werden entscheiden!

In der „Márodní Politika“ äußert sich zur Reform des Parteienwesens Antonín Boček: „Es ist wahr, wir können vier Parteien haben, aber wir müssen nicht das alte Parteienwesen haben...

Vom Regen in die Traufe

„Lidové Listy“ kritisieren das Bestreben gewisser Kreise nach Schaffung einer Ständeordeung, was mit Rücksicht auf die jüngste Rede des slowakischen Ministerpräsidenten Dr. Tiso bemerkenswert ist...

Manche stellen sich die künftige Ständeordeung so vor, daß den ständischen Parteien ganz einfach die Grundlage zur Übernahme und Durchführung der Wirtschaftsorganisation jenes Standes...

Studentische Aufgaben

In den „Lidové Noviny“ schreibt J. N. Zrábek über die Aufgaben der Hochschülerstudenten: „Auch da wird der künftigen Arbeit der Studentenschaft keine ideologische Grundlage gegeben...

Nicht nur Einheit, sondern auch Freiheit!

Im „Právo Lidu“ schreibt Josef Martiška über die Bildung der Nationalpartei des arbeitenden Volkes: „Am Arbeiterlager hat sich eine beispielgebende Bereitschaft gezeigt...

handelt. Daß es sich nicht um die Veränderung der Firma, sondern tatsächlich um einen neuen, von neuem Geist erfüllten Organismus handle...

Keine Geschichtsfälschungen

Im „Márodní Osvoženi“ schreibt Dr. Lev Štárl, einer der führenden Funktionäre der Legionärgemeinde, gegen die Versuche, die Geschichte der letzten Jahrzehnte umzufälschen...

Frankreich ein Staat des Westens

Einige tschechische Zeitungen befassen sich auch mit der auswärtigen Politik, wobei uns bemerkenswert erscheint, was ein guter Kenner der auswärtigen Politik innerhalb der Prager Journalistik...

15 Todesopfer des Marseiller Brandes

Marseille, 29. Oktober. Soweit bis heute nachmittag bekannt wurde, beträgt die Anzahl der Opfer, die die katastrophale Feuerbrunst in Marseille forderte, 15 Tote...

Das Feuer hat deshalb einen solchen Umfang angenommen, weil es von einem starken Wind gefördert wurde und in Marseille nicht genügend Löschgeräte zur Hand waren.

Das von dem Großbrand heimgesuchte Warenhaus hat eine Frontbreite von mehr als 50 Meter und mehr als 70 Meter Tiefe. Das fünfstöckige Gebäude des Warenhauses wurde noch von einer 30 Meter hohen Kuppel überragt...

Zur Zeit als der Brand ausbrach, war das Warenhaus von Kaufleuten überfüllt. Einige Käufer und Verkäufer sprangen durch die Fensterräume auf die Gasse. Aus dem Warenhaus schlugen vom ersten Augenblicke hohe Flammen empor...

dort verhandelt wurden, vorbehalten haben, die Vermittlung in dem tschechoslowakisch-ungarischen Streit nur den Vätern der Ähre, Deutschland und Italien, überlassen bleibt...

Die Zukunft des englisch-französischen Bündnisses

Auch das „České Slovo“ wendet der französischen Politik seine Aufmerksamkeit zu: „Ein Frankreich, wie es heute ist, innerlich uneins und wirtschaftlich geschwächt, hätte für Großbritannien als Verbündeter keinen großen Wert...

Die vernachlässigte junge Generation

„Právo Lidu“ kommt, wie dies jetzt in der tschechischen Presse öfters geschieht, auf die Rolle zu sprechen, welche bisher die Jugend in der Politik gespielt hat. Das Blatt sagt: „Ohne eigene Schuld ist die junge Generation, die keinen Anteil daran hatte, was geschah...

mand — starb. Sie trat an die Stelle, die ihr gebühre, nur dann, wenn diese Stelle durch Tod frei wurde. Sonst war nichts das Bestreben vorhanden, die jüngere Generation zur Entscheidung heranzuziehen...

Tagesneuigkeiten

Wieder direkte Verbindung Prag—Paris

Ab 3. November 1938 wird der regelmäßige Verkehr des internationalen Schnellzuges Prag—Bilfen—Eger—Nürnberg—Straßburg—Paris und zurück ausgenommen werden...

Ab Montag, den 31. Oktober, wird der durchlaufende Schnellzugverkehr auf der Strecke Prag Wilson-Bahnhof zu Suchböl n. Luž.—Wien durch ein Schnellzugpaar ausgenommen werden...

Die Staatsbahndirektion in Prag teilt mit, daß auf Ansuchen der Reisenden, ab 31. Oktober d. J. der Autobus der Staatsbahnen um 6 Uhr von Malovitz abfahren und in Prag Nam. Rep. um 7.45 Uhr ankommen wird...

Ein blutiger Streik

Paris. In Achères bei Paris streiken bereits seit 14 Tagen die an der Wasserkläranlage, die Paris mit Wasser versorgt, beschäftigten Arbeiter. Die Ursache des Streiks bildet die Entlassung mehrerer Arbeiter...

Auf der Suche nach einer Schlange

London. (Gavas) Die Polizei des westlichen und südwestlichen Londons ist auf der eifrigen Suche nach einer riesigen Python-Schlange begriffen, einem beinahe drei Meter langem Tier...

Hingerichtet

Berlin. Der am 12. August 1938 vom Volksgeschichtshof wegen Landesverrats zum Tode und zum dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilte 34-jährige Hugo Jappe aus Dresden ist Samstag morgen hingerichtet worden...

Paris. In der südfranzösischen Stadt Carpentras wurden Samstag früh zwei ausländische Gefangene hingerichtet, die heuer Ende Juli einen Gefangenenaufstand in Avignon überfielen und fast erstickten.

Rudolf Wünsch gestorben. Donnerstag, den 27. Oktober, ist im südlichen Krankenhaus in Prag auf der Pulavka der ehemalige kommunistische Redakteur und Abgeordnete Rudolf Wünsch gestorben. Der Verstorbene, der ein Alter von 47 Jahren erreicht hat, litt jahrelang an Tuberkulose...

Kommunisten in der Tschchoslowakei. Später überwarf er sich mit der Partei und näherte sich wieder der Sozialdemokratie. In der letzten Zeit ging es ihm schlecht, sein Leben hat er nun als Flüchtling beendet.

Auf dem Flugplatz in Mähr.-Odrau-Gräbwa wurden Samstag die Bauarbeiten an der Reifstation beendet. Die Installation stand unter der Leitung des Vorstandes des Forschungsamtes beim Postministerium Dr. Maus. Die Station arbeitet sehr gut und korrespondierte bereits mit allen Reifstationen in der Republik. Im Frühjahr des nächsten Jahres soll auf dem Odrau-Gräbwa ein Landungsflugfeld errichtet werden.

Prof. Dominis in Amiens begraben. Der Sarg mit den sterblichen Überresten des Professors Dominis wurde Freitag im Beisein der sozialistischen Föderation in Paris ausgestellt. Samstag nachmittags fand das Begräbnis in der Geburtsstadt des Verstorbenen in Amiens statt.

Ein rumänischer Hochverratsprozess. Das Militärgericht in Czernowitz verhandelte in geheimer Verhandlung einen Prozess gegen fünf rumänische Staatsangehörige bulgarischer Abstammung, die des Hochverrates beschuldigt waren. Die Angeklagten wurden zu Strafen bis zu drei Jahren Gefängnis und 18 Monaten Zwangsarbeit verurteilt.

Im Flug. Ein neues Bomberflugboot der US-Marine legte die Entfernung von Santiago in Kalifornien nach Washington in 13 Stunden 55 Minuten zurück. Bei diesem Flug handelte es sich um den ersten transkontinentalen Ölbehälterflug eines Wasserflugzeuges dieser Größe. Das 24 Tonnen schwere Flugboot ist mit vier Pratt-Whitney-Vierzehnzylindermotoren, die je 900 PS entwickeln, ausgerüstet und hat einziehbare Schwimmer.

Ein „Internationaler Verband der Filmarchive“ ist in New York ins Leben gerufen worden. Ihm gehören an als Gründungsmitglieder: Das Reichsfilmarchiv in Berlin, die National Library in London, die Cinematheque française in Paris und das Museum of Modern Art Film Library in New York. Eine Beteiligung weiterer Länder wird erwartet. Der Verband bezweckt vor allem die Erhaltung wertvoller Filmwerke als wichtige soziale und historische Dokumente aus Gegenwart und Vergangenheit auf nichtkommerzieller Grundlage. Zum ersten Verbandspräsidenten wurde der Amerikaner John Abbott gewählt. Das Verwaltungsbüro soll in Paris eingerichtet werden.

Die Londoner „Times“ wurden am Samstag zum fünften Male in den letzten zehn Tagen in Deutschland beschlagnahmt. Diesmal wegen eines Artikels über die Spionageaffäre der Deutschen in den Vereinigten Staaten.

Der Mann, der sich erhängen kann. In einem Zirkus in New York wird im Augenblick ein schauerliches Schauspiel vorgeführt: ein Mann erhängt sich nach allen Regeln der Kunst, und es passiert ihm nichts dabei. Der Mann heißt mit seinem bürgerlichen Namen Ootto und stammt aus dem Staate Ontario. Er war lange Zeit arbeitslos und hatte eines Tages beschlossen, seinem Leben ein Ende zu machen. Seine Frau fand ihn erhängt vor, schnitt ihn ab und war maßlos erschrocken, als er ohne jeden weiteren Schaden alsbald aus der Bewusstlosigkeit erwachte. Ootto dachte lange über sein Glück im Unglück und begann nun zu experimentieren, warum er nicht gestorben war. Er stellte fest, daß seine Halsmuskeln sich automatisch so verhielten, daß der Strick

ihnen nichts anhaben kann. Von dieser Feststellung bis zur Ausübung des Berufes eines professionellen Erhängten war nur noch ein kleiner Schritt, aber auch ein genialer Einfall.

Wetterpartag. Am 31. Oktober, der in der ganzen Welt der Sparidee gewidmet ist, wird auch in der Tschchoslowakischen Republik, wie alljährlich, auf die Bedeutung des Sparens hingewiesen werden. Die Sparjamkeit hat durch die jüngsten Ereignisse ihre Bedeutung nicht nur nicht verloren, sondern wird im Gegenteil eines der Mittel sein, daß wir beim weiteren Ausbau des Staates anwenden werden. Montag, den 31. Oktober, abends 20.40 wird von der Station Prag und Brünn ein Stgiegespräch aus der Tschchoslowakischen Nationalbank übertragen. Der Schulrundsfunke wird unter dem Motto „Was

geben viele Wenig?“ eine Sendung am 4. November zwischen 11.10 Uhr und 11.40 Uhr für die Stationen Prag und Brünn senden. Außerdem wird im regelmäßigen Rundfunksender Sonntag, den 30. Oktober, um 19.10 Uhr auf den Weltspartag aufmerksam gemacht werden.

Das Wetter. Unter der Einwirkung einer leichten Störung, deren Kern Samstag nachmittags über Böhmen lag, fällt an zahlreichen Orten Regen. Die Temperatur liegt dabei jedoch meistens über dem Normalwert. In der ungarischen Tiefebene und in Karpatenrußland wurden Samstag um 14 Uhr 17 bis 20 Grad verzeichnet. — Wahrscheinliches Wetter Sonntag: Vorwiegend bewölkt, zeitweises Regen oder Sprühen, mild, leichte Winde aus östlichen Richtungen. — Wetterausichten für Montag: Keine wesentliche Änderung, etwas kühler.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Vorbereitungen zum Bau einer Magistrale

Die Regierung hat in ihrer Sitzung vom 28. Oktober beschlossen, daß im Einvernehmen mit der slowakischen und karpathorussischen Regierung die ersten technischen Vorbereitungsstudien für die Führung einer großen Automobilstraße vom Westen nach dem Osten durch die ganze Republik hindurch durchgeführt werden. Diese Autobahn soll an die Autobahnen und großen Straßen der Nachbarstaaten angeschlossen werden.

Diese Autostrada, die nur für Motorsfahrzeuge bestimmt sein soll, hätte eine Gesamtlänge von über 1000 Kilometer. Die Studien sollen beschleunigt durchgeführt werden, damit sobald als möglich die Unterlage für die ordentliche gesetzliche Regelung des Projektes erreicht wird und damit auch eine baldige weitreichende Erhöhung der Beschäftigung insbesondere mit Hilfe der Arbeitsformationen. Damit aber für die Arbeitslosen schon jetzt in der Wintersaison Arbeit besorgt wird, hat die Regierung gleichzeitig beschlossen, unverzüglich solche Straßenbauten, deren dringliche Notwendigkeit sich aus der Grenzveränderung ergibt, oder deren Projekte bereits fertig sind, durchzuführen. Für diese Projekte bewilligte die Regierung die notwendigen Mittel als Zusatz zu dem regulären Budget. Die Arbeiten sind auf alle Länder aufgeteilt. Man rechnet damit, daß bei diesen Bauten, mit denen schon im kommenden Monat begonnen werden wird, etwa 40 Arbeitsformationen zu 1000 Mann, also etwa 40.000 Arbeitskräfte beschäftigt werden sollen.

Für das Projekt der Autobahn und für die Vermessungen im Terrain werden ebenfalls die notwendigen Mittel flüssig gemacht werden. Die einschlägigen technischen Studien wurden bereits eingeleitet. Man rechnet damit, daß die unerlässlichen legislativen Arbeiten und technischen und organisatorischen Vorbereitungen im Winter abgeschlossen werden könnten, so daß mit dem Bau bereits am Anfang des kommenden Jahres begonnen werden könnte. Man schätzt, daß der Bau der Autostrada etwa die Zeit von fünf Jahren erfordern wird. Die Anzahl der Kräfte, die beim Bau ständig beschäftigt würden, würde von der anfänglichen Ziffer von 50.000 allmählich auf 100.000 steigen, abgesehen von der Beschäftigung der Industrie, die die Materialien liefert. Diese Zahl von Arbeitskräften in der Industrie kann nach Erfahrungen in anderen Ländern auf das Doppelte bis auf das Dreifache geschätzt werden. Der Bau der Autostrada wird auch die Möglichkeit einer grundsätzlichen Reform des Systems der Arbeitslosenunterstützung ermöglichen und durch eine gesündere Form ersetzen, und zwar durch Schaffung einer allgemeinen und ständigen Arbeitsgelegenheit.

Die Regierung wird unverzüglich die Verhandlungen mit der slowakischen und karpathorussischen Regierung betreffend eine beschleunigte Vorbereitung der Durchführung dieses Planes aufnehmen.

Der Eisenbahnminister über aktuelle Verkehrsfragen

Prag. Eisenbahnminister Brigadegeneral Vlad. Rajdos besprach gestern mit den volkswirtschaftlichen Redakteuren der Prager Zeitungen die wichtigsten Fragen des Eisenbahnverkehrs nach der Befreiung unserer bedeutendsten Verkehrswege durch Deutschland und Polen. Er erklärte, daß für uns jetzt die Verbindung von Böhmen mit Mähren am beschwerlichsten geworden ist, auch wenn man nunmehr nach dem Abkommen mit Deutschland wieder über Böhmisches-Trübau fahren kann. Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit bleibt trotzdem der Ausbau einer neuen Eisenbahnlinie Prag—Kolin—Deutsch-Brod—Brünn—Trenčanská Tepla. Bis Čáslav ist diese Strecke schon zweigleisig, im Sektor bis Deutsch-Brod

wird das zweite Geleise am ersten Jänner 1939 dem Betrieb übergeben werden. Mit dem Bau eines Rangierbahnhofs in Deutsch-Brod wurde schon begonnen, mit dem Ausbau der Strecke Deutsch-Brod—Tischau—Brünn zu einer zweigleisigen, wird im Frühjahr des nächsten Jahres begonnen werden. Ferner wird der Bau des zweiten Geleises aus Brünn bis Trenčanská Tepla beendet werden müssen.

Im Westen ist die wichtigste Forderung die Erprobung im Naume Nezešice—Přeštice. Der Minister erwähnte die Verwendung der Arbeitsformationen für die Erdbarbeiten bei den Eisenbahnarbeiten und sprach dann über die Neuorganisation der Verwaltung des Betriebes. In

der Verwaltung werden die bisherigen Einrichtungen noch eine Zeitlang mit Liquidierungsarbeiten beschäftigt sein, aber schon in den nächsten Tagen wird es zur Vereinfachung im Eisenbahnministerium kommen. Gleichzeitig wird die Errichtung eines einheitlichen Verkehrsministeriums und die Reorganisation der Eisenbahnverwaltung in Böhmen und Mähren vorbereitet. Es scheint, daß den heutigen Verhältnissen am besten das System einer Generaldirektion mit mehreren kleinen Betriebsverwaltungen entsprechen wird. Man kann aber den Ergebnissen der sachmännlichen Untersuchung nicht vorgreifen. Auf die künftige innere Organisation wird das Eisenbahnabkommen mit Deutschland, das am 27. Oktober unterschrieben wurde, nicht ohne Einfluß bleiben.

Schließlich erwähnte der Minister die Neuordnung des Verhältnisses zwischen Eisenbahn- und Kraftfahrtransport und sprach die Ueberzeugung aus, daß die harmonische Zusammenarbeit beiden Verkehrsmitteln und vor allem der Erneuerung des Staates dienen kann. „Eines möchte ich ausdrücklich feststellen“, sagte der Minister, „Es wäre nicht gut, wenn im Zusammenhange mit den Erleichterungen für den Motorismus wieder von dem nahenden Ende der Eisenbahnen gesprochen würde. Unsere Offenlichkeit hat in dieser Frage schon einmal Fehler gemacht, und wir wollen diese Fehler nicht wiederholen. Den Eisenbahnen fällt auch weiterhin eine bedeutsame Aufgabe zu.“

Reichsdeutsche Devisenordnung

Im Sudetengebiet

Berlin, 28. Oktober. (DNB.) Durch Verordnung ist jetzt die gesamte deutsche Devisen-gesetzgebung in den sudetendeutschen Gebieten einschließlich der der Ostmark vorgelagerten Gebiete des Sudetengaus eingeführt worden. Damit ist die Devisengrenze zwischen dem bisherigen Reichsgebiet und dem Sudetengau vollständig gefallen. Für Reisen nach den sudetendeutschen Gebieten dürfen Reichsmarkbeträge in unbeschränkter Höhe dorthin verbracht werden. Das Erfordernis der Einreisegenehmigung bleibt jedoch noch bestehen.

Prager Zeitung

Die Universitätsbibliothek in Prag wird zur Ersparung von Heizmaterial vom 31. Oktober bis 2. November geschlossen sein. Die Rückgabe von Büchern kann an diesen Tagen im Ausleiheprotokoll von 8 bis 13 Uhr erfolgen.

Urania-Kino

Seite 2, 4, 6, 7, 9 Uhr: „Eine von Allen“, Premiere mit Friedl Czeka, Salma, Regie: R. G. Martin.

Montag: „Walzer um den Stefansturm“ (Unvergesslicher Film) mit O. Tschschowa, G. Huber, L. Slezal, W. Albach-Netib.

Bezugsbedingungen: Bei Bestellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich K 17.—, vierteljährig K 51.—, halbjährig K 102.—, ganzjährig K 204.—. Ankerate werden laut Tarif billiger berechnet. — Abbestellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourmarken. — Die Zeitungsabrechnung wurde von der Post- und Telegraphendirektion mit Erlaß Nr. 13.800/VII/1938 bewilligt. (Kontrollpostamt Praha 26). — Druckerel: „Orbis“, Druck, Verlags- u. Zeitungs-G. G. Pra

Die neue Sintflut

Roman von Noëlle Roger
Aus dem Französischen Übersetzt von Irma Rippe

Aber nein, da, in Reichweite... Und wenn's um ein Becherlein weniger ist, wem würde es wohl schaden?

Hätten Norris und er das Fährchen nicht irgendwo im Westein verbergen und für sich allein behalten können?... Doch nein, solche Sachen macht ein Vergesslicher nicht, denn auch er war einmal früher Vergesslicher gewesen. Der alte Gemeinheitsinstinkt erwacht in ihm: Der Schnaps ist für die Kranken... auch er kann eines Tages krank sein... Nein, er wird vom gemeinsamen Gute nichts entwenden. Soll er denn sein ganzes anständiges Leben verfeuern? Sein Lebtage hätte er nichts anderes getan, als Menschen geführt, gestützt, gerettet, jene, die sich ihm anvertraut hatten. Er sieht sich wieder auf einem Gletscher als Führer einer Expedition, wie er im Chaos der höchsten Gipfen nach verirrteten Touristen sucht, wie er sich an einem Strick in eine Gletschergrube hinabläßt, um irgendeinen Verunglückten zu bergen, in dem vielleicht noch ein Funken Leben glimmt. Diese Erinnerungen geben ihm eine innere Genugtuung. Er denkt: In meinem Bewußt habe ich meine Pflicht nach bestem Wissen und Gewissen getan...

Der alte Hans entfernt sich langsamen Schrittes mit trockenen Lippen und rottem Kopf. Aber da bleibt er plötzlich wie angezuckelt stehen. Er hat etwas gehört. Seine scharfen Augen mühen sich im Dunkeln zu sehen. Er hat sich nicht geirrt. Vorsichtig kriecht eine Gestalt über die Felsen, schleicht sich zur Hütte, öffnet behutsam die Tür, verschwindet im Finstern.

Hans folgt ihr leisen Schritten. Diesen Mann, der sich da über das Fährchen neigt und die Hand an den Spund hält, erkennt er sofort. Er stürzt sich auf Dobremann, faßt ihn an den Schultern. Ein kurzer, sofort erstickter Ausruf, und die beiden Körper umschlingen einander, ringen schweigend im Dunkeln. Dobremann macht eine Bewegung, wie um etwas aufzuheben. Ein Blick juckt im schmalen Mondstreif. Hans errät die dünne Klinge des gezückten Messers. Er laßt mitleidig. Seine beiden starrten Hände umtrampfen Dobremanns Hals und die Waffe fällt klirrend auf den Stein. Noch kräftiger packt Hans zu, mit stählernem Griff. Die rohe Kraft der Arbäuer ist in ihm erwacht, laßt in seinem Blute, härtet seine Muskeln. Er erkennt jene grimmige Freude wieder, die einst seine Kräfte verzehnfachte, wenn er im Walde einen Baum unter den Hieben seiner Art fallen sah.

Diese todbringenden Hände umklammern den Hals, fester und fester; er kercht ihm zwischen den Fingern. Hans grölt:

„Wart nur, du! Brantwein willst du, du Nichtstuer, der nur zuschau wie die andern schufsten...“

Der Körper hat aufgehört sich zu bäumen. Nun ist er überwallig, jetzt wird er um Gnade fliehen... Hast du noch nicht genug!... Und die fühllose Klammer schließt sich wieder. Pöhllich läßt Hans los. Dobremann laßt zu seinen Füßen zusammen, wie eine tote Puppe. Pöhllich überfällt den alten Führer eine eifige Kälte. Er wird starr, unbeweglich, als ob er gerade erwachte, er weiß nicht, was geschieht ist... Er wartet, ob der andere sich rührt... Doch, nein, nichts. Dobremann ist nur noch eine leere Hülle, da zu seinen Füßen... Kein Hauch... Sollte er... nein, das ist doch nicht möglich... so... und schnell packt Hans seinen Feind, schleppt ihn hinaus aus der Hütte, betrachtet ihn prüfend im Mondlicht... Die Minuten verrinnen. Dobremann rührt sich nicht. Er faßt es nicht. Wie ist

denn das möglich, wiederholt der alte Führer immer wieder.

Und nun mischt sich der Himmel auch noch hinein. Einen Dammerschein sendet er herab. Was, es wird schon Tag? Die anderen werden bald da sein... und dieses entsetzliche Gesicht, das er überall sieht, dieses Gesicht des Ermordeten wird dem ganzen Sufansfelde verkünden, daß der alte Hans, der gute, rechtschaffene alte Hans, ein Mörder ist.

„Was soll geschehen?“ fragte Herr von Miramar. „Dieser Mann hat ein Verbrechen begangen...“

In der Hauptstätte beraten die Gestrandeten, die sich hier versammelt haben. Durch den Türhals sah man die gebeugte Gestalt des alten Hans, der wie von Sinnen um die Hütte irrte.

„Wenn die Menschengesetze untergegangen sind, so bleibt das Gottesgesetz. Du sollst nicht töten...“ sagte das Mitglied der Akademie und zitierte hiermit unwillkürlich einen Passus aus einem seiner Romane, in welchem er sich bemüht hatte, die Seele eines Mörders zu analysieren.

„Die Haltung des Schuldigen ist ganz sonderbar“, sagte Fürst Orkinst. „Nicht ein Wort hat er zu seiner Rechtfertigung gesagt, man könnte fast glauben, daß es ihn nicht einmal reut.“ „Heute morgen wollte er sich umbringen“, brummte Ignaz.

„Er wagt sich nicht mehr in unsere Nähe“, fügte Norris hinzu.

„Dieser Alte hat ein langes, ehrenvolles Leben hinter sich!“ rief Laborel aus. „Ununterbrochen hat er für uns geschafft. Die Hütten hat er uns gebaut, jeden Tag, bei Portes-Neues lehte er sein Leben auf Spiel... während Dobremann...“

Er verstummte. Auf dem Felsen war Elvinsbjorgs Gestalt aufgetaucht. Währenddessen sprach der Schriftsteller in wohlgelesenen Worten weiter, ließ seine Stimme

tönen, wie ein Stein, wenn in einem Salon ein respektvolles Schweigen sich um ihn bildete.

„Wir dürfen keinen gefährlichen Präzedenzfall schaffen... Wir müssen unsere beginnende Gesellschaft vor jedem Uebergriff der Gewalt schützen. Die Zeit des guten Einvernehmens, in der wir jetzt leben, wir, die wir verbunden sind durch das gemeinsame Erleben des Schreckens, den immer nahen Tod und der Notwendigkeit des gegenseitigen Vorhandenseins, wird nicht immer währen. Der Haß wird wieder erstehen!“

„Oh! warf Jean Laborel ein, solange wir das Geld nicht wieder einführen...“

„Es geht nicht immer um Geld“, sagte Georges Grisolles, da ist auch noch die Liebe...“

Er betrachtete die vor ihm stehende Gruppe der Balliser, starke Männer mit ihren Armen gleich ruhenden Hebeln, ihren nackten, breiten Oberkörpern, ihren langen Haaren. Im Geiste sah er sie des Nachts um die Hütten der Frauen schleichen. Er dachte an den Tag, an welchem die Brunst diese verwilderten Menschen gegeneinander lehen würde.

Herr von Miramar ergriff bedächtigt das Wort:

„Was sich heute Nacht zugetragen hat, beweist, daß ein Statut errichtet werden muß, dem sich alle zu unterwerfen haben. Gerechtigkeit darf nicht als persönliche Rache geübt werden... Gätten wir ein Gesetz, müßten wir es wohl seinem Wort laut nach anwenden.“

„Da wir aber noch keines haben, pläbierte Jean Laborel, so mag der Geist des Gesetzes diesem Manne zugute kommen.“

Alle folgten dem Wille Laborels und wandten sich um.

Elvinsbjorg hielt den alten Hans umschlungen und ging neben ihm her. Ein krampfhaftes Rütteln erschütterte die vorgeneigten Schultern des Alten. Als die beiden sich umwandten, sahen sie Elvinsbjorg ins Gesicht und sie alle verneinten, sie hätten ihn heute zum ersten Male gesehen.